

HLBS e.V. – Engeldamm 70 – 10179 Berlin

Herrn
Finanzminister
Dr. Danyal Bayaz
Finanzministerium Baden-Württemberg
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart

PRÄSIDENT
Engeldamm 70
10179 Berlin

Telefon: 030 2008967-10
Telefax: 030 2008967-29
E-Mail: verband@hlbs.de
Internet: www.hlbs.de

Datum:
03.08.2022

Beschleunigung der Energiewende durch Anpassung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen - Erbschaft-/schenkungsteuerrechtliche Hindernisse in Fällen der Nutzungsüberlassung von land- und forstwirtschaftlichen (Frei-) Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien beseitigen

Sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Bayaz,

mit der Verabschiedung der fünf Gesetzesnovellen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien im letzten Monat hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt in die Stärkung der Energieversorgung mit erneuerbaren Energien in Deutschland gemacht. Leider wurden im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens keinerlei Regelungen diskutiert und umgesetzt, die geeignet sind, steuerliche Investitionshemmnisse im Bereich der Erzeugung von erneuerbaren Energien zu beseitigen.

Die Land- und Forstwirtschaft kann durch die schnelle Zurverfügungstellung von land- und forstwirtschaftlichen Frei-Flächen für Photovoltaik-, Windenergie- oder Biogasanlagen einen signifikanten Anteil zum zeitnahen Gelingen der Energiewende beitragen. Dies gilt auch unter Beibehaltung der biologischen Vielfalt durch Aufwuchs unter den Anlagen. In der steuerberatenden Praxis zeigen sich jedoch oftmals erhebliche erbschafts- und schenkungsteuerrechtliche Hemmnisse, die der Verwirklichung dieses Zieles entgegenstehen. Land- und Forstwirte, die Freiflächen zur Verfügung stellen möchten, werden nach der derzeitigen Rechtslage gravierenden erbschaftsteuerlichen Nachteilen unterworfen, welche mit der Nutzungsüberlassung zur Gewinnung von Energie einhergehen. Dieses hält in der Praxis Land- und Forstwirte oftmals davon ab, ihre Flächen sofort nutzbar zu machen. Dies gilt, obwohl vielen Landwirte mit geeigneten Flächen bereits ein oder sogar mehrere konkrete Angebote für Flächenüberlassungen vorliegen.

Zur Zeit ist insbesondere folgender Fall in der Praxis anzutreffen: Landwirt L verfügt über land- und forstwirtschaftliche (Frei-) Flächen. Er erhält ein Angebot zur Nutzungsüberlassung dieser Flächen an einen professionellen Erzeuger erneuerbarer Energien für die Dauer von 20 Jahren.

Landwirt L läßt sich betriebswirtschaftlich und steuerrechtlich beraten. Danach würde die anfallende Erbschaft-/Schenkungssteuer von ihm vorfinanziert und über die Laufzeit die erhöhte Pacht aufzehren, während die Nutzungsüberlassung zu einem späteren Zeitpunkt erbschaft-/schenkungsteuerfrei erfolgen könnte. L schlägt dem Energieerzeuger deshalb vor, die Nutzungsüberlassung aufgrund der anfallenden Erbschaft-/Schenkungssteuer erst nach einer Hofübergabe und einer Karenzzeit von 7 weiteren Jahren vorzunehmen. Der Energieerzeuger nimmt das Gegenangebot wegen den damit verbundenen Unsicherheiten nicht an.

Hintergrund ist, dass bei einer Nutzungsüberlassung der Flächen

- vor der Hofübergabe Erbschaft-/Schenkungssteuer anfällt, weil die Flächen infolge der Nutzungsüberlassung nicht dem steuerbegünstigten Vermögen (§ 13b Abs. 1 Nr. 1 ErbStG) zugerechnet werden.
- nach der Hofübergabe Erbschaft-/Schenkungssteuer anfällt, weil sie vor Ablauf der Behaltensfrist von 7 Jahren aus dem steuerbegünstigten Vermögen (§ 13b Abs. 1 Nr. 1 ErbStG) ausscheiden.

Folglich kann eine Nutzungsüberlassung von land- und forstwirtschaftlichen (Frei-) Flächen erst erbschaft-/schenkungsteuerfrei realisiert werden, wenn diese nach einer Hofübergabe mit einem Zeitabstand von 7 Jahren erfolgt. Da jedoch die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030 und die Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 mittels erneuerbarer Energien eine sofortige Nutzungsüberlassung der (Frei-) Flächen erforderlich macht, ist die Beseitigung der (Zeit-) Hindernisse bei der Erbschaft-/Schenkungssteuer zwingend geboten. Dies kann durch Einführung einer Steuerbefreiung (§ 13 Abs. 1 Nr. 3a ErbStG -neu) für Nutzungsüberlassungen vor einer Hofübergabe und durch das Absehen von einer Nachversteuerung (§ 13a Abs. 6- neu ErbStG) für Nutzungsüberlassungen nach einer Hofübergabe erreicht werden.

Im Ergebnis bewirken die Regelungen einerseits, dass erbschaft-/schenkungsteuerfreie Nutzungsüberlassungen von (Frei-)Flächen zwecks der Erzeugung von erneuerbaren Energien zeitlich vorgezogen realisiert werden und andererseits, dass Investitionen in erneuerbare Energien unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schnellstmöglich zum Gelingen der Energiewende beitragen. Aus diesen Gründen übersenden wir Ihnen entsprechende Regelungsvorschläge zur Änderung des Erbschaft-/Schenkungssteuergesetzes und stehen Ihnen für eine Erläuterung unseres Petitums – das Ökonomie mit Ökologie vereinigt – gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Jürgen Jaeschke
Präsident

Anlage:

I. Rechtlicher Hintergrund

Erste Fallgruppe: Überlassung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen durch den Betriebsinhaber: Mit der Installation der Anlage verliert die Fläche ihre erbschaftsteuerliche Begünstigung nach § 13b Abs.1 Nr.1 ErbStG, da bewertungsrechtlich kein land- und forstwirtschaftliches Vermögen, sondern Grundvermögen vorliegt. Bei Eintritt des Erbfalles als auch einer Betriebsübertragung an eine nachfolgende Generation entsteht Erbschaftssteuer.

Zweite Fallgruppe: Nach dem Übergang der Flächen an Erben bzw. Betriebsnachfolger löst die Nutzungsüberlassung der Flächen zur Energieerzeugung eine erbschaftsteuerliche Nachversteuerung nach § 13a Abs. 5 Nr. 2 ErbStG innerhalb von 5 bzw. 7 Jahren aus. Die Erben bzw. Betriebsnachfolger werden mit Erbschaftsteuer belastet.

II. Rechtliche Lösungsmöglichkeit

Die Freiflächen, die durch vertragliche Regelungen zeitlich begrenzt der Energieerzeugung dienen, sind von der Erbschaftssteuer durch die Einführung einer neuen Steuerbefreiung nach § 13 Abs.1 Nr.3a ErbStG –neu- zu befreien:

§ 13 Abs. 1 Nr. 3 a – neu ErbStG

Steuerfrei bleiben:

Land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz oder Teile davon, der vorübergehend im Wege einer zeitlich befristeten Nutzungsüberlassung zur Erzeugung erneuerbaren Energien zu dienen bestimmt ist. Die Steuerbefreiung fällt mit Wirkung für die Vergangenheit weg, wenn der Grundbesitz oder Teile davon nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Steuer innerhalb von 10 Jahren durch den Eigentümer veräußert wird oder die Nutzungsüberlassung zur Energieerzeugung innerhalb von 10 Jahren nach diesem Zeitpunkt endgültig endet.

Begründung:

Flächen, die von Landwirten zeitlich begrenzt zur Erzeugung von erneuerbaren Energien Dritten zur Nutzung überlassen werden, sollen von der Erbschaftsteuer befreit werden. Die Befreiung entfällt rückwirkend mit der Veräußerung der Flächen innerhalb von 10 Jahren nach dem Besteuerungszeitpunkt oder wenn die Flächen innerhalb von 10 Jahren nicht mehr dazu bestimmt sind der Energieerzeugung dauerhaft zu dienen.

Im Falle des Erwerbes durch Erbanfall oder Schenkung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge darf die Nutzungsüberlassung nicht zu einer Nachversteuerung innerhalb der Behaltensfrist führen:

§13a Abs. 6 S. 4- neu ErbStG

In den Fällen des S. 1 Nummer 2 ist von einer Besteuerung abzusehen, wenn eine zeitlich befristete Nutzungsüberlassung für die Erzeugung von regenerativen Energien erfolgt.

Begründung:

Die zeitliche befristete Überlassung zur Erzeugung von regenerativen Energien dient dem Allgemeinwohl, da nach der Überlassung wird die Fläche wieder land- und forstwirtschaftlich genutzt wird.

